

Erscheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
belehrt kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 85

Mittwoch, den 13. April 1932

Jahrgang 105

## Die Beratungen der Reichsregierung

### Vorbereitung des Reichshaushalts 1932 — Vor der Abreise Brünnings nach Genf

M. Berlin, 13. April. Das Reichskabinett ist am Dienstag vormittag zusammengesessen, um vor der heute abend erfolgenden Abreise des Kanzlers nach Genf eine Reihe von Finanz-, Wirtschafts- und außenpolitischen Fragen zu behandeln. Die gestrigen Beratungen drehten sich insbesondere um die Vorbereitung des neuen Haushalts. Heute vormittag werden die Kabinettsberatungen unterbrochen, da der Kanzler auf dem sog. Krisenkongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede hält. Nachmittags findet eine weitere Kabinettsitzung statt, die im wesentlichen den Fragen gilt, die in Genf irgendwie erörtert werden könnten oder sollen.

Ob angesichts der fünf in dieser kurzen Zeitspanne zu behandelnden Probleme auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das das Kabinett schon in vielen früheren Sitzungen beschäftigt hat, erörtert wird, ist eine noch offene Frage. Ein fest umrissener Entwurf hierzu liegt jedenfalls noch nicht vor. Die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auf größerer Grundlage ist bisher immer wieder an der Geldfrage gescheitert. Nichtsdestoweniger sind die zuständigen Ressorts bestrebt, Pläne auszuarbeiten, deren Durchführung im Bereich des Möglichen liegt. Es ist anzunehmen, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen so unter anderem auch die der beabsichtigten Ausgestaltung der Arbeitsdienstpflicht erst nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf spruchreif sein werden.

### Der Machtkampf in Preußen

M. Berlin, 13. April. Im Preussischen Landtag fand gestern nach kurzer Aussprache die namentliche Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien auf Aenderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten statt. Wider Erwarten wurden 232 Karten abgegeben, davon 227 mit Ja. Das Haus war also beschlußfähig. Der Antrag der Regierungsparteien ist damit angenommen.

Die Preußenkoalition hat mit diesem Beschluß den Versuch unternommen, ihre Macht über den 24. April hinaus zu verlängern. Der § 20 der Geschäftsordnung sah bisher bei der Wahl des Ministerpräsidenten für den zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit vor. Dieser Satz ist nun gestrichen worden, so daß ein Ministerpräsident nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden kann. Trotz einer ausgesprochenen Rechtsmehrheit wird bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten eine absolute Mehrheit nicht zu erzielen sein, und das Kabinett Braun könnte noch Jahr und Tag im Amte bleiben. Allerdings bleibt abzuwarten, ob der neue Landtag diese Aenderung der Geschäftsordnung nicht wieder rückgängig macht. Das Zentrum läßt bereits

erklären, wenn es an der Aenderung mitgewirkt habe, so sei das keine „Option“ für das Fortbestehen des Kabinetts Braun in der Form eines geschäftsführenden Ministeriums.

### Reichsbankpräsident Luther gegen Inflationsspielereien und Autarkie

M. Nürnberg, 13. April. Auf Einladung der Industrie- und Handelskammer Nürnberg und der Ortsgruppe Nürnberg-Fürth des Bayer. Industriellenverbandes hielt hier Reichsbankpräsident Dr. Luther eine Rede. Unter Bezugnahme auf eine Redemendung Hitlers über das Wunder der Rentenmark wolle er, Luther, gegenüber irrtümlichen Auslassungen, die immer noch draußen herrschten, feststellen, daß die Rentenmark keine Binnenmark gewesen sei. Die Rentenmark, deren Urheber Helfferich gewesen sei, sei nichts anderes als eine Hilfskonstruktion für die alte Papiermark gewesen. Die sogenannte Deckung der Rentenmark durch Grund und Boden habe nur psychologische Bedeutung gehabt. Es sei erstaunlich, daß in einem Volke, wie dem deutschen, das die furchtbare Inflation über sich habe ergehen lassen, immer noch Menschen auftauchten, die sich mit Inflationsspielereien beschäftigten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bezeichnete Dr. Luther das Gold als Weltwährung, und wandte sich dann der Autarkiefrage zu. Die Autarkie, als wirtschaftliches Ziel gesehen, stelle für ein Land wie Deutschland nichts anderes dar, als ein bewußtes Hineintreiben in das wirtschaftliche Elend. Auch die Theorie eines Außenhandelsmonopols verwarf der Redner. Deshalb wandte er sich in längeren Darlegungen gegen den Gedanken der Einführung einer Planwirtschaft in Deutschland. Die ganze Krise spiege sich für uns Deutsche auf die Frage zu: Wie können wir es machen, daß der Mund des Auslandes auf Deutschland wieder aufhöre? Das verarmte Deutschland könne nur aus dem Ueberfluß seiner Ausfuhr über die Einfuhr seinen Verpflichtungen nachkommen.

Immer und immer wieder müsse man angesichts unserer wirtschaftlichen Lage sagen, daß Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen, die stärker sind als alle Mächte der Welt, einfach nicht mehr zahlen könne. Es gebe nur eine Lösung, nämlich eine derartige Erstarkung des Vertrauens zu Deutschland, daß wir wieder Kredite in größerem Umfange für die deutsche Wirtschaft erhalten. Deshalb müssen wir darauf bedacht sein, daß im Ausland der Eindruck ausgedrückt werde, wir Deutschen seien ein einheitliches Volk.

## Lardieus Sabotagearbeit in Genf

### Frankreich läßt nur seinen eigenen Abrüstungsvorschlag gelten — Die Donauentscheidung bis Mai vertagt

— Genf, 13. April. Lardieu hielt gestern im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz ganz unerwartet eine große programmatische Rede, in der er den Nachweis zu führen suchte, daß die auf der Konferenz immer stärker zutage tretende Tendenz der Abschaffung der Waffen keine Lösung der Abrüstungsfrage bedeuten würde. Lardieu betonte erneut, daß eine solche Lösung nur durch die Annahme der französischen Vorschläge herbeigeführt werden könne. (1) Die Konferenz stehe vor der Entscheidung, zwei Wege einzuschlagen, entweder einzelne Waffengattungen aufzuheben und zu verbieten, oder aber die Waffen einer internationalen Macht zur Verwendung gegen einen angreifenden Staat zur Verfügung zu stellen. Ueber die Hauptbegriffe der Abrüstung, über den Charakter von Angriffswaffen und Verteidigungswaffen sowie über das Wesen des Angriffs und der Verteidigung überhaupt bestimme keinerlei Klarheit. Ein Angriff könne auch Verteidigungsziele in sich tragen. (1)

Lardieu schilderte dann die Möglichkeit, daß ein Staat unter Bruch des Kellogg-Vertrages zum Angriff schreiten könnte. Niemand könne ernsthaft annehmen, daß ein solcher Staat sich durch ein internationales Abrüstungsabkommen hindern lassen würde. Infolgedessen müßten unbedingt internationale Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen erzwungen werden. Niemand könne die Möglichkeit der Verheimlichung von Waffen leugnen. Eine Unterscheidung zwischen Angriffswaffen und Verteidigungswaffen sei überhaupt nicht denkbar. Wenn man die großen Waffen endgültig aufgeben würde, so würde man damit den angreifenden Staaten das uneingeschränkte Übergewicht geben und den angegriffenen Staat seiner Verteidigungsmöglich-

keiten berauben. Das Betrüben werde niemals ausgeschaltet werden können. (1) Die Technik dränge zwangsläufig zu neuen Erfindungen und Verbesserungen. Dem „Westentaschenkreuzer“ werde das „Westentaschenflugzeug“ und die „Westentaschenkanone“ folgen. Jedes Zivilflugzeug könne in ein Militärflugzeug umgewandelt werden, ebenso landwirtschaftliche Traktoren in Tanks. Hauptaufgabe der Abrüstungskonferenz könne unter diesen Umständen niemals die Abschaffung der Waffen, sondern nur die Organisation des Friedens sein. Die französische Regierung verlange eine internationale Waffennacht zum Kampf gegen den Angreifer. Sie erachte es als Pflicht zu erklären, daß eine Regelung der Kriegswaffenfrage die Notwendigkeit der Organisation des Friedens niemals ausschalten könne. Aufgabe der Abrüstungskonferenz sei es, den Frieden auf dem Boden des Völkerbundes und in Erfüllung des Völkerbundesvertrages zu organisieren. Dazu sei ein System gegenseitiger Hilfs- und Schutzmaßnahmen notwendig.

Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow brachte darauf einen neuen allgemeinen Abrüstungsvorschlag ein. Danach sollen sich die vertragsschließenden Mächte verpflichten, eine wesentliche Herabsetzung ihrer gegenwärtigen Rüstungen im Verhältnis der Stärke ihrer Rüstungen vorzunehmen. Die bereits nach den internationalen Verträgen entwaffneten Staaten bleiben von der Herabsetzung der Rüstungen unberührt. Der Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Staaten soll verkündet werden. Er müsse zu einem vollständigen Verzicht auf alle militärischen Bündnisse und Militärabkommen führen. Ferner fordert der sowjetrussische

## Tages-Spiegel

Die Reichsregierung hat sich gestern mit dem neuen Reichshaushalt für 1932/33 beschäftigt. Reichskanzler Brüning wird voraussichtlich noch heute abend nach Genf reisen.

Auf der Abrüstungskonferenz bestand Lardieu hartnäckig auf dem französischen Abrüstungsvorschlag, den er allein gelten läßt. Die Sowjetunion hat einen neuen Vorschlag eingebracht.

Der Völkerbundsrat vertagte gestern die Entscheidung in der Donaufrage auf Mai.

Der Reichspräsident hat den Generalkonsul in Sidon, Dr. Hans Büfing, zum Gesandten in Helsinki ernannt.

Gerüchte über ein Verbot der SA- und SS-Abteilungen der NSDAP. durch den Reichsinnenminister entsprechen nicht den Tatsachen.

Hoover plant eine neue Konferenz mit den Parteiführern, Industriellen und Finanzleuten. Diese Konferenz soll sich mit der Beratung von Maßnahmen gegen die Krise in Amerika beschäftigen.

Vorschlag vollständige Abschaffung aller schweren Angriffswaffen.

### Die Donaufrage vor dem Völkerbundsrat

Hilfsaktion auf die Waitagung verschoben

M. Genf, 13. April. Der Völkerbundsrat trat am Dienstag unter dem Vorsitz Lardieus und unter Teilnahme des Staatssekretärs von Bülow, des englischen Außenministers Simon, des italienischen Außenministers Grandi und des polnischen Außenministers Jaleski zu seiner außerordentl. Tagung zur Behandlung der Donaufrage zusammen.

Der norwegische Außenminister Brandland erstattete den Bericht, in dem er auf die wesentliche Feststellung des bereits bekannten Berichtes des Finanzausschusses des Völkerbundes hinwies. Er unterstrich die Tatsache der außerordentlichen Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, deren Lösung durch die politischen Schulden eine weitere Verschärfung erfahren habe, und hob hervor, daß die vier Donauländer Österreich, Ungarn, Griechenland und Bulgarien heute nicht mehr in der Lage seien, ihren ausländischen Verpflichtungen nachzukommen. Der norwegische Außenminister hob ferner die großen finanziellen Rüstungslasten in den meisten Ländern hervor und wies auf die Vorschläge des Finanzausschusses hin, Deuterei unverzüglich eine internationale Anleihe von 100 Millionen Schilling und Griechenland von zehn Millionen Dollar unter internationaler Garantie und Kontrolle des Völkerbundes zu gewähren.

Der französische Ministerpräsident Lardieu erstattete darauf Bericht über die Londoner Viermächtekonferenz und erbat namens der vier Regierungen den Völkerbundsrat, die Mithilfe des Finanzausschusses und der Völkerbundsorgane an den Arbeiten der Regierungssachverständigen zur Verfügung zu stellen. Die Vertreter Englands und Italiens schlossen sich den Ausführungen Lardieus an. Den Standpunkt der deutschen Regierung legte Staatssekretär v. Bülow dar und brachte dabei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß für die Donauländer eine wirtschaftliche Grundlage geschaffen werden müsse.

Auf Vorschlag des norwegischen Außenministers beschloß sodann der Völkerbundsrat, daß die weitere Behandlung der Donaufragen in den Händen von den vier Regierungen in London eingesehten Regierungssachverständigen liegen solle. Der Finanzausschuß und die technischen Organe des Völkerbundes wurden beauftragt, sich diesen Sachverständigen der vier Regierungen für die Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Vorschläge der Sachverständigen werden sodann auf der Mai-Tagung des Völkerbundes zur Verhandlung gelangen.

### Der erste Börsentag

M. Berlin, 13. April. Nach einer fast 7 Monate langen Pause wurden gestern an der Berliner Börse erstmalig wieder die Kurse von den beidseitigen Kursmaklern festgesetzt. Kurz nach 12 Uhr begannen die elektrischen Kursanzeiger wieder zu leuchten. Die Kurse, die sie anzeigten, waren ein Spiegelbild der Wirtschaftskrise. Während man noch an den letzten Tagen scharfe Kursrückgänge am ersten Börsentag erwartet hatte, eröffnete die Börse gegenüber den Montagnotierungen zwar etwas abgeschwächt, doch war die Gesamtstimmung relativ gehalten.





